teure und Leute von gestern". Doch die Parteispitzen in der Hauptstadt glauben viel eher, daß die thüringischen Funktionäre die politische Situation im Erfurter Bezirk falsch eingeschätzt haben.

Tatsächlich aber verdankt Bräutigam den Jubel-Eklat just den Empfehlungen seiner Berliner Obrigkeit. Sie hatte ihm geraten, auf die Präsenz von einheimischen SED-Mitgliedern beim Brandt-Empfang auf dem Bahnhofsvorplatz ebenso zu verzichten wie auf ein starkes Polizeiaufgebot — um so dem westdeutschen Kanzler ostdeutsches Desinteresse und zugleich die Stabilität der DDR zu demonstrieren.

Diese Planungspanne provozierte nicht nur die Erfurter Bürger-Bewegung, sie erschwerte zudem der Bezirksführung, den Brandt-Beifall vom Vormittag durch Stoph-Kundgebungen am Nachmittag auszugleichen.

Denn als um die Mittagsstunde SED-Instrukteure in den Großbetrieben der Stadt erschienen, um die Genossen für die Gegendemonstration zu mobilisieren, murrten die Werkleiter. Der durch Winterschäden aufgelaufene Planrückstand, so argumentierten sie, erlaube es nicht, die SED-Kollegen massenhaft für produktionsfremde Zwecke freizustellen.

Und so kam es, daß vor dem „Erfurter Hof" das Prestige der Partei im Rotationsverfahren renoviert wurde: Aus jedem Großbetrieb trat ein mageres Demonstranten-Kontingent für jeweils zwei Stunden an.

Nur bedingt einsatzbereit waren auch die Genossen von der Bereitschaftspolizei: Sie schliefen noch, als der Alarmbefehl kam. Die Polizisten hatten in der Nacht zuvor gemeinsam mit Volksarmisten in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald für Willy Brandt einen Weg durch den Schnee schippen müssen.

Ob es freilich dem Ersten Sekretär Bräutigam gelingen wird, sich mit derlei Hinweisen auf die Sorglosigkeit der Ost-Berliner Zentrale erfolgreich zu verteidigen, ist ungewiß. Denn in Bräutigams Bezirk ist auch sonst nicht alles so, wie es in der DDR sein soll.

Bei den Kommunalwahlen am Palmsonntag, bei denen es auch diesmal nur um die Stellen hinter dem Komma ging, blieb die Blumenstadt zwar knapp nur, aber eben doch unter Republik-Niveau. Statt mit 99,83 Prozent (DDR-Durchschnitt) stimmten die Erfurter nur mit 99,74 Prozent für die Einheitsliste der Nationalen Front.

PARTEIEN

CDU RHEINLAND-PFALZ

Wie aktiv

Hanns Schreiner, 39, CDU-Regierungssprecher in Mainz, sprach schlecht über die rheinland-pfälzische Regierungspartei: „Die Union hat einen Typ des Parlamentariers hervorgebracht, dessen Bild der Welt von gestern entspricht."

Das soll nun anders werden: Mit einer Fragebogenaktion fahnden die Christdemokraten derzeit nach Männern und Frauen mit einem Weltbild von morgen — in der rheinland-pfälzischen Provinz.

Am Karsamstag fanden die 17 000 beitragzahlenden CDU-Mitglieder in Rheinhessen und in der Pfalz einen Brief des Mainzer Kultusministers Bernhard Vogel, 37, unter ihrer Osterpost. Jedes Parteimitglied, schrieb der rheinhessen-pfälzische CDU-Bezirksvorsitzende, möge doch „auf dem beigefügten Vorschlagblatt acht Namen von Persönlichkeiten in beliebiger Reihenfolge" angeben, „von denen Sie meinen, sie sollten dem neuen Landtag von Rheinland-Pfalz angehören". Das Votum solle eine „Entscheidungshilfe für die Parteiorgane" sein, vor allem aber „ein Experiment".

Ob dieser erste Versuch eines CDU-Bezirksverbandes, die bundesdeutsche



CDU-Kultusminister **Vogel**
Stopp für Karrieremacher

Parteien-Demokratie mit ihrer umstrittenen Kandidaten-Auswahl transparent zu machen, tatsächlich „Karrieremacher stoppen" (Schreiner) oder „die Ochsentour junger Talente" (Vogel) abkürzen kann, steht dahin. Die CDU-Mitglieder in der Provinz, die zum erstenmal selber die richtigen Leute für den Landtag auswählen dürfen, scheinen überfordert.

Selbst Partei-Offizielle befürchten, daß manches Mitglied allenfalls Namen auf den Stimmzettel zu schreiben weiß, die aus der Heimatzeitung oder aus dem Winzerverein bekannt sind. Schreiner: „Das große Problem ist halt eben, daß dabei der prominente Karnevalsprinz mehr Chancen hat als der stille Politologe."

Zwar hofft Vogel, der mit seiner Aktion bei vielen rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsabgeordneten auf Skepsis stieß, daß das Parteivolk „zwischen der Aufstellung einer Fußball-Elf und der Nominierung von Landtagskandidaten zu differenzieren weiß". Ganz ohne Entscheidungshilfe von oben aber will Vogel die Mitglieder nicht lassen: Dem „Vorschlagsblatt" liegt eine Liste der bisherigen 19 CDU-Abgeordneten aus den drei Wahlkreisen Rheinhessen, Westpfalz und Vorderpfalz bei — und auch Kultusminister Vogel und der Sozialminister Heinrich Geissler, die noch kein Mandat errungen haben, stehen auf dem Spickzettel.

Neue Kandidaten, die sich bisher nur in einem Kommunalparlament oder im Beruf profiliert haben, können mithin nur von einem begrenzten Mitgliederkreis Stimmen bekommen. Deshalb möchte sich die Mainzer Rechtsanwältin Dr. Maria Herr-Beck, die im Frühjahr 1971 erstmals für den Mainzer Landtag kandidieren will, „zu dieser Aktion gar nicht äußern". Und auch der Mainzer Abgeordnete Heinz Laubach, seit 1967 im Landtag, sieht „erhebliche Nachteile für neue Namen".

Selbst Kandidaten, die wie Laubach schon heute im Parlament sitzen, müssen mit einem Fehl-Urteil der Parteimitglieder rechnen. Schon ein Wahlkreis, so befand der Tübinger Ordinarius Theodor Eschenburg, sei „nur schwer in der Lage, die parlamentarische Wirksamkeit eines durchschnittlichen Abgeordneten zu beurteilen — es sei denn, daß dieser zur Fraktionsprominenz gehört oder durch Unfähigkeit besonders auffällt". Der rheinland-pfälzische CDU-Abgeordnete Dr. Johannes Baptist Rösler klagte denn auch: „Wie kann ein Mitglied — sagen wir in der Südpfalz, in Bad Bergzabern — beurteilen, wie aktiv ich für meine Leute in Bingen bin?"

Immerhin: Der Gefahr, daß farblose Volksvertreter von des Volkes Stimme falsch bewertet werden, begegnete Bezirksvorsitzender Vogel mit der Anweisung, die Stimmzettel für jeden Wahlkreis in einer anderen Farbe zu drucken: So können die Stimmen im Bezirk insgesamt, aber auch — was wohl gerechter wäre — einzeln für jede Region ausgezählt werden.

Das letzte Wort freilich — vor der Landtagswahl 1971 — haben ohnehin die Delegierten-Versammlungen alten Stils, bei denen, zumeist in Gasthaus-Hinterzimmern, Konfessionsproporz und Kirchturmdenken entscheiden: Das Votum der Mitglieder ist für die Partei-Organe, die nach Gesetz und Satzung für die Kandidaten-Nominierung allein zuständig sind, nicht bindend.

So ist Vogels Urabstimmung kaum mehr als ein Sandkasten-Spielchen. Und der Abgeordnete Laubach sieht kommen, daß sich „die schweigende Mehrheit" an der Vorwahl gar nicht beteiligt. „Entsprechend schief", so Laubach, werde das Zahlenbild ausfallen, das der Vorsitzende Vogel beim Bezirksparteitag am 11. April in Neustadt an der Weinstraße bekanntgeben will.

Daß ein Großteil der 17 000 Stimmzettel bis zum Einsendetermin, dem 7. April, nicht zurückkommt, ist ohnehin zu erwarten: Dem Vogel-Brief an die Parteimitglieder lag zwar ein Rück-Umschlag, aber kein Rück-Porto bei.